

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-58952](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-58952)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Voraußbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postwertes, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Freitag, den 31. Mai 1850. № 44.

Der Mordversuch gegen den König von Preußen.

In dem Leben des Journalismus kommen mitunter Momente vor, wo die politische Richtung eines Blattes gleichsam auf den Probierstein gebracht wird. Ereignisse gewaltiger, oder Aufsehen erregender Art treten ein, die der Journalismus nicht ignoriren darf, an welchen er sich aber nur zu oft, er mag zu viel oder zu wenig fügen, die Finger verbrennt.

Ein solches Ereigniß ist für den deutschen Journalismus das Attentat auf den König von Preußen.

Es hat uns unangenehm, ja widerig berührt, als wir sahen und sahen, wie ein großer Theil der deutschen Presse den Thäter für verrückt auszugeben förmliche Anstrengungen macht. Soll die „Verrücktheit“ die That entschuldigen oder der Thäter? Ist das Factum eines versuchten Königsmordes, die göttliche Protection, welche das Haupt eines Gefaltten umgeben soll, in Frage gestellt, diese der Kritik entzückt, wenn man den Wahnsinn als Verdünnungsmittel eines Verbrechens ausgießt?

Erwarte der Leser von uns daher weder, daß wir ihm einen, die göttliche Gnade lobpreisenden Psalm vorsingen, noch daß wir in den Chor jener Blätter einstimmen, welche in Sefeloge dem Irrenhause einen Candidaten zuführen möchten. Wir sind keine Gesprediger, um das Erste zu thun und wollen in Betreff der Verrücktheit Sefeloge's das Urtheil der Ärzte abwarten. Die Art und Weise aber, wie dieser letzte Mordversuch von einem Theile der deutschen Presse ausgebeutet wird, ist eine triviale, Kavalier, der Mörder Heinrich IV. war ein Fanatiker, aber nicht verrückt. Couvel, der dem Herzog von Berry einen Dolchstich beibrachte, war eben so wenig verrückt.

Alibea u, der die Töge Louis Philipp's verkürzen wollte, starb nach dem Eingeständniß der orleanistischen Journale mit dem antiken Stolge eines Römers. Und doch gab es Töge, wo diese Mörder ebenfalls für verrückt ausgegeben wurden. Ja, wer erinnert sich nicht der zweideutigen Art, womit man gegen den Bürgermeister Tschsch versubr, so daß dieser selbst laut protestirte gegen die Annahme, er sei verrückt. Solche Versuche schwächen den Nimbus der Majestät mehr, als ein direktes Attentat, besonders wenn sie scheitern.

Gesehen wir es vielmehr mit aller Ruhe und Präcision ein:

Auf das Leben Friedrich Wilhelm's IV., Königs von Preußen, ist ein zweites Attentat begangen, welches königliches Blut rinnen ließ.

Diese Thatfache laßt uns festhalten und von allem Andern selbst davon abstrahiren, ob der Mordversuch aus politischen oder was immer für Gründen entsprungen. Der Proceß des Sefeloge wird das Nähere enthüllen.

Halten wir uns aber auf diesem kalten, nüchternen Standpunkt, so können wir auch eben so ruhig die Folgen der That, im Fall der Mordmörder seinen Zweck erreichte, aussprechen.

Zunächst würde der Prinz von Preußen den Thron der Hohenzollern bestiegen haben, er, der bis jetzt rechtlich und moralisch auf irgend welche Verbindlichkeiten für Deutschland's politische Entwicklung nicht eingegangen ist. Die Revolution würde also weder beschloßen, noch unterbrochen sein durch den Tod des jetzigen Königs. Den Republikanern ist Friedrich Wilhelm IV. für die Zukunft Europa's so viel werth, daß sie ihr eigenes Leben wagen würden, um das seinige zu retten, denn er hat die welthistorische Mission zu erfüllen, dem deutschen Volke jene Anschauung von der Monarchie zu

geben, welche die Republik wünschen läßt. Diese Mission ist nur erst halb erfüllt.

Das Attentat hat bereits eine Störung in die Entwicklung der Dinge gebracht. Königlich Blut floß; ein König von Gottes Gnaden wird ohnmächtig. Wie? auch Könige können ohnmächtig werden? Die Majestät ist vor den Augen des Volkes wie jeder Sterbliche ershienen. Das Mitleid mit dem körperlich verwundeten König wird rege; wie einst das Mitleid mit dem herzranken Monarchen in jenen verhängnißvollen Märztagen rege ward. Wohin führt das? — Besigt Friedrich Wilhelm Genialität genug, um das Ereigniß zu verschmerzen, oder wird seine Phantasie ihm stets die Mündung des Pistolenlaufes vorzaubern? Welchen Weg nimmt unter solchen Umständen die Regierung?

Die Zukunft wird früh genug antworten.

Aber zu wissen, daß ein Schuß Pulver die Welt in eine sieberhafte Spannung versetzt, ist fatal.

So wie so, lebendig oder todt: der Mord eines Königs ist heut zu Tage noch etwas mehr als ein Verbrechen, er ist eine — Abgeschmacktheit! (Fr.)

Aus dem Großherzogthum Oldenburg

enthält die Frankfurter Oberpostamtszeitung, ein Blatt, dem man den Vorwurf des Radikalen nicht machen kann, folgenden Artikel, welcher verdient, auch zur Kenntniß unserer Leser zu gelangen. Es heißt dort:

Das Großherzogthum Oldenburg, welches erst im Jahre 1849 mit einer constitutionellen Verfassung beglückt worden ist, hat seitdem an diesem Glück so schwer zu tragen, wie wohl kein anderer Staat im ganzen deutschen Vaterland. Der auf den 31. Juli v. J. berufene erste allgemeine Landtag wurde von der Regierung um seine verfassungsmäßige Zustimmung zu dem Anschlusse des Großherzogthums an das Berliner Bündniß ersucht; er verweigerte sie und wurde aufgelöst. Die Regierung schloß nichtsdessenweniger den Beitrittsvertrag unbedingt ab, und beantragte dazu die Zustimmung des am 2. November zusammengetretenen zweiten allgemeinen Landtags. Derselbe verweigerte sie, erklärte den einseitig verfügten Beitritt, auf den Grund des Art. 27. des Staatsgrundgesetzes, mit 39 gegen 2 Stimmen für rechtsunverbindlich und wurde aufgelöst. Das Märzministerium trat jetzt ab, und die neuen Räte des Großherzogs versuchten es nun mit einer einseitigen Abänderung des zwischen Fürst und Volk vereinbarten Wahlgesetzes, um endlich einmal zu einem „ungetrübten Ausdruck des Volkswillens“ zu gelangen. Allein der nach diesem Wahlgesetze am 16. Febr. d. J. zusammengetretene dritte Landtag zeigte sich dem Berliner Bünd-

nisse noch weniger hold als sein Vorgänger. Zwar kam zwischen ihm und der Regierung ein Waffenstillstand zu Stande, der wesentlich auf dem beiderseitigen Einverständnisse beruhte, daß, so lange Hannover dem Bündnisse nicht wieder beigetreten, oder der Landtag den Beitrittsvertrag nicht genehmigt habe, die Verfügungen und Beschlüsse des Verwaltungsraths und der Unionsgewalten in Oldenburg keine Anwendung finden sollten. Allein dieser Waffenstillstand war nur von kurzer Dauer. Denn die Regierung hatte, zur Ausführung desselben, in Erfurt erklären lassen, daß sie bei Verfügungen und Beschlüssen des Verwaltungsrathes und der Unionsgewalten, welche einen Konflikt mit dem Landtag herbeiführen könnten, sich vorbehalte, eine Aufhebung oder einen Aufschub zu beantragen. Zu einer weiter gehenden Instruction an den Bevollmächtigten war sie nicht zu bewegen, sondern gab dem Landtage, falls ihm die ertheilte Instruction nicht genüge, lediglich anheim, die Sache auf den Stand zurückzuführen, auf welchem man sie vor der Einigung verlassen hatte. Dies geschah. Der Landtag sprach demnach am 26. April das Gehalt des Bevollmächtigten im Verwaltungsrath und die Diäten der Erfurter Abgeordneten aus dem Budget, und setzte den früher zurückgestellten Ausschußbericht über das Berliner Bündniß auf die Tagesordnung des 27. In diesem Berichte war auch eine Anklage des Ministeriums wegen Verfassungsverletzung beantragt worden. Ein anderer Antrag auf Anklage des Ministeriums wegen einseitiger Abänderung des Wahlgesetzes bildete den ferneren Gegenstand der Tagesordnung des 27. Daß beide Anklagen die große Majorität für sich haben würden, war so gut wie gewiß, wenn schon in Beziehung auf die letztere von der äußersten Rechten, anerkennend zwar, daß der Landtag Veranlassung nehmen könnte, gegen das großherz. Staatsministerium Anklage zu erheben, ein Antrag auf motivirte Tagesordnung gestellt worden war. Indes am 27. bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, erbat sich der Regierungskommissar das Wort und publicirte die Vertagungsverordnung des Großherzogs, ungeachtet der Landtag, um mit seinen sämtlichen Vortagen fertig zu werden, nur noch zwei Tage zu arbeiten hatte und am 30. geschlossen werden sollte. Offenbar sucht das Ministerium so nur Zeit zu gewinnen und baut seine Politik auf einen Deus ex machina. Wo soll aber dieser herkommen? Würde der Gothaer „Kern“ zu seiner versprochenen Entwicklung gelangen, so würde die neue Bundesstaatsgewalt freilich mit dem Oldenburger Landtage wohl wenig Anstände machen. Wo Ständekammern nicht der vernünftige Ausdruck des Volkswillens sind, haben sie auch keine

Sympathie für den Erfurter Bundesstaat, meint Bassermann in der 17. Sitzung des Volkshauses, sie müssen nicht gewonnen, sondern bekämpft werden. Aber so weit sind wir noch nicht. Das Erfurter Volkshaus, lucus a non loeudo, ist freilich kein unvernünftiger, weil gar kein Ausdruck des Volkswillens, sondern repräsentirt seinen eigenen Willen, dessen Vernünftigkeit schwerlich durch derartige schlagende Argumente verehrter Mitglieder zur Anerkennung der gedachten Ständekammern gebracht werden dürfte, nachdem an deren Widerstand hauptsächlich der unentscheide Plan, das große gemeinsame Vaterland durch Spaltung in zwei staatlich getrennte Lager zur Einheit zu führen, glücklicherweise gescheitert ist. Ist aber der Versuch, für die preussische Spitze ein Deutschland zu finden, als mißlungen zu betrachten, und somit die Anwendung eines Zwanges von Berlin oder Erfurt aus gegen das Oldenburgische Land so ohne weiteres vom vorrigen Ministerium schwerlich in begründete Aussicht zu nehmen, so läge die andere Möglichkeit, wie der Conflict sich während der Kammervertagung erklären könne, in einer Auflösung der Union selbst; aber diese wird und kann Preußen, das bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehen wollte, niemals zugeben. Wird aber die Union dem Reiche gegenüber bloß mediatisirt, in ihrer Unterordnung unter eine fünfzig Directorialgewalt Deutschlands als Theil des Ganzen, nur mit besonderer Gliederung in sich, auf die beschränktere Competenz eines jeden andern Einzelstaats reducirt; so bleibt sie insoweit doch bestehen und mit ihr denn auch die Frage wegen des Anschlusses Oldenburgs. — Daß die Volksstimme des Großherzogthums sich in der Zwischenzeit ändern, und eine dritte Auflösung ein dem Bündnisse günstigeres Ergebniss herbeiführen werde, darauf ist am wenigsten zu rechnen. Die zähe norddeutsche Natur des oldenburgischen Volkstammes hält zu fest an dem nach besonnener Erwägung zur Überzeugung Gewordenen, um es nicht mit dem Wählen eben so lange auszuhalten, als das Ministerium mit dem Auflösen, und ist durchweg zu deutsch gesinnt, um jemals für eine Gothaer Sonderbundpolitik gewonnen zu werden, zumal in Beziehung auf diese die Verfassungen seiner bisherigen Landtage sich bis jetzt thatsächlich vollständig bewahrt haben, abgesehen auch davon, daß der Anschluß Oldenburgs ohne das es umschließende Hannover eine wirkliche bundesstaatliche Bedeutung gar nicht haben kann, wie im 82. Protokolle des Verwaltungsraths im Wesentlichen schon anerkannt ist. Durch eine abermalige noch weiter greifende Abänderung des Wahlgesetzes kann endlich auch keine rettende That geschehen. Denn die aus dem allgemeinen Wahlrecht in Oldenburg hervorragenden Wahlmänner stehen durchgängig zwar auf einer sehr breiten Grundlage, aber der eigenen Grundbesitzes oder sonstigen Vermögens, so breit, wie sie durch Censur- oder Klassenwahlen gar nicht breiter geschaffen werden kann, weshalb es nur auf eine Täuschung der öffentlichen Meinung über oldenburgische Zustände in engeren Kreisen berechnet zu sein scheint, wenn die ministeriellen Blätter gleichwohl den Satz: „mit der Demokratie und dem allgemeinen Wahlrechte sei in den kleinen Staaten einmal nicht zu regieren“, auch für

Oldenburg auszubekunden und dem Ministerium zu nahe zu machen suchen. Unseres Erachtens hätte das Ministerium es entweder gar nicht so weit kommen lassen, und durch das Versprechen der hochstäblichen Ausführung des Wasserstillstandes noch zuletzt entleeren wollen; wenn es dies nicht wollte, auch über sich ergehen lassen sollen was Nichts, um endlich diesem schon seit dem 31. Juli v. J. fortwährend von einer Auflösung zur andern sich hinsichtlichenden trübseligen Zustande der Medicinischerheit und der völligen Suspension unserer ganzen inneren staatlichen Entwicklung ein verfassungsmäßiges rechtliches Ziel zu setzen.“

Ueber die Decret

haben wir vor einiger Zeit schon — am 18. April — durch den hochweisen Magistrat erfahren, daß dieselbe, trotz des in der Bürgerversammlung am 12. Dec. 1849 fast einstimmigen Urtrags der Aufhebung, democh bis weiter beibehalten werden soll. Freilich der hochweise Rath will es so und gegen den Willen des hochweisen Magistrats läßt sich schwer etwas geltend machen, besonders in festiger Zeit. Unseres Bedünkens war es, als am 12. Dec. v. J. der Antrag auf Aufhebung der Decret gestellt wurde, noch lange bis zum 1. Mai, und es hätten bis dahin noch sehr viele Gesetze gemacht werden können. Aber die Sache bedurfte Zeit zur Verlesung — denn es betraf den Geldbeutel und schon am 18. April v. J. erfahren wir den Beschluß der hochweisen Väter der Stadt, daß es eine Unmöglichkeit sei, bis zum 1. Mai ein Gesetz für Aufhebung der Decret herzustellen; denn nach der Ansicht des hochweisen Magistrats würde die Aufhebung nur im Wege des Gesetzes statthaben können, da eine freie Vereinbarung der Beteiligten nimmer zu erwarten sein würde. Freilich wird diese nimmer zu erwarten sein, so lange der Geldbeutel das herrschende Element ist. Dazu ist unsere Statordnung so herrlicher Confection, daß es nur von dem Willen der hochweisen Väter der Stadt abhängt, den Willen der Bürgerschaft auszuführen oder nicht; sie geben ihre Gründe an — ihre Bedenken, und damit ist es genug. Auch diesmal haben die hochweisen Väter nach Berechnen mit dem Stadtrath, der eben so weise zu sein scheint, ihre Gründe gegen die Aufhebung der Decret abgegeben. Es sind ihrer zwar genug, aber sie sind so niedriger Natur, daß sie bei dem geringsten Anstoß in sich selbst zusammenfallen. Aber die Hochweisen wollen es so, und wir müssen Amen sagen. — Was helfen da Bürgerversammlungen? — man macht da gute Miene zum bösen Spiel und thut dann, was man will. — Die Leute glauben auch Wunder, welche liberalen Männer sie bei der letzten Wahl in den Stadtrath gewählt hätten. — (zwei von ihnen enthielten sich der Abstimmung, weil sie einsahen, daß ihnen das Stimmen doch nichts helfen würde) — und waren ihrer Sache schon so ganz wie gewiß; aber sie haben sich wieder mal geirrt. Es hat sich abermals herausgestellt, daß mit dem Chaosmus durchaus nichts anzufangen ist und daß es nur einer einzigen Gelegenheit bedarf, um diese Tugend des Geldeutels an den Tag zu locken. Wir

müssen uns abermals gedulden, und wenn kein 1848er Jahr wieder kommt — was nicht zu erwarten ist, da die Regierungen nachgerade darauf hinarbeiten — so kann es wohl noch einige Generationen dauern, bevor wir oder unsere Enkel, oder Urenkel die Diktat los werden.

Tivoli-Theater.

Leider ist dasselbe bis jetzt noch wenig vom Wetter begünstigt gewesen; — alle Tage Gewitter und Regen, so daß manche Vorstellungen nicht zu Ende gebracht werden konnten; besonders gilt dies von „Doctor Wespe“, der am Freitag, den 24. Mai gegeben wurde und einen äußerst glänzenden Anfang, aber auch ein eben so klärriges Ende nahm. Es trat gegen Abend ein so heftiges Gewitter ein, daß die letzten Acte total verregnet und das Publikum sans Cérès, die Flucht ergreifen mußte. Das, was wir von der Vorstellung gesehen haben, ging ganz vortreflich. Namentlich übertraf Herr Kelly als Doctor Wespe alle unsere Erwartungen, so wie auch Herr Grives (Maler-Honau) und Herr Gisinger (Wellstein) durch Wahrheit der Darstellung uns angenehm überraschten. Herr Fürst als Adam ist durch seine trockene Komik unwillkürlich zum Lachen hin und auch Herr Dahm war ein recht jovialer Herr von Hindorf. — Die Damen — wie? — die Damen werden zuletzt genannt? — welche ein Verstoß gegen die Schicklichkeit — gegen die Courtoisie! — Ja, es ist nicht anders — wir haben nun einmal die Gewohnheit und können nicht davon ablassen, uns das Schönste, das Liebste und Beste bis zuletzt aufzusparen. Darum — pardonnez moi, mes dames: — Frau Fürst gab die von der Emancipationsucht befehlene Giffaboth, sie hatte den Charakter derselben sehr gut aufgefaßt; man sah — sie täuschte sich selbst — die sanfte Weiblichkeit blickte durch alle ihre kecken männlichen Bestrebungen, und der Wunsch, daß sie ihren Plan nicht durchsetzen möchte, mußte so bei den Zuschauern erge werden. — Frau Kelly als schwärmerische Theudelinde war in der That ausgezeichnet, und Fräul. Weidner (Thekla) bewies, daß sie nicht allein eine gute Tänzerin sondern auch eine recht talentvolle Schauspielerin ist. Die Scene mit dem jungen Kaufmann Wellstein, wo sie einen so glühenden Enthusiasmus für die Kunst an den Tag legt, gelang ihr ganz vortreflich. — Daß der Regen diese Vorstellung unterbrach, haben gewiß Alle recht sehr bedauert, denn sie ging ganz vorzüglich gut. Wir haben uns bei der Besprechung derselben deshalb so lange verweilt, weil die Rollen fast alle bedeutend sind und man hiernach die Kräfte des Tivoli-Theaters am besten beurtheilen kann. — Es sind noch manche kleinere Stücke sehr gut gegeben, die wir aber des beschränkten Raumes wegen nicht alle anführen können. Nennen wollen wir nur noch „humoristische Studien“, wo Herr Kelly (Brauner) und Herr Fürst (Kalinshy) excellirten. — Im Ganzen ist das Tivoli-Theater dies Jahr sehr gut, besser als im vorigen Jahr. — Auszu-

Redacteur: Wilhelm Calvert. Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

setzen haben wir bloß dabei, daß die Pausen (Zwischenacte) zu lang sind; wir raten, diese möglichst abzukürzen. Die Musik ist sonst recht gut — nur könnte sie etwas präciser sein — namentlich beim Tanz. Der Beobachter.

Tivoli-Theater.

Freitag, den 31. Mai: Der böse Geist Lumpack Bagabundus, oder: Das liederliche Kleblatt. Zauberposse mit Gesang in 3 Acten. Nebst einem Vorspiel in 1 Act von Nitroy.
Sonntag, den 2. Juni: Zum ersten Male: Der Liebeskrank. Operette in 1 Act von Blum. Verber: Pas des deux, getanz von Fräul. Weidner und Fräul. Ballmann. Vor diesem: Alles für Andre. Lustspiel in 1 Act von Charl. Birch-Pfeiffer. Im Zwischen-Act: Auf Verlangen: Polka militaire, getanz von Fräul. Weidner. Zum Anfang: Der Häßliche. Lustspiel in 1 Act von W. Friedrich.
Montag, den 3.: Er muß auß's Land. Lustspiel in 3 Acten von W. Friedrich. Concert-Vorträge.
Th. Fürst, Director.

Kirchliches.

Vom 24. bis 30. Mai sind in der Oldenb. Gemeinde:

1. Copulirt: 52) Hermann Johann Gerhard Schellstedt und Helene Helms, Husstedt; 53) Johann Hilbers und Geiske Heine Hansen, Eghern; 54) Felixwibel Hermann Martin Kühse und Charlotte Hebecke Johanne Logemann, Oldenburg.

55. Geauft: 163) August Heinrich Johannes Pöfer, Oldenburg; 164) Beetha Johanne Alexandrine Meyer, Oldenburg; 165) Heinrich Friedrich Cordes, Heil. Geistthor; 167) Johann Heinrich Müller, Oldenburg; 168) Johann Eltmann August Wieremann, Heil. Geistthor; 169) Christian Hinrich Gerhard Brand, Eversten; 170) Anna Margarete Schmidt, Neu-Vlobersfeld; 171) Heinrich Dietrich Meyer, Eversten; 172) Gustav Wilhelm August Leine Gerd, Oldenburg.

56. Beerdigt: 111) Margarete Catharine Gerhartine Ninken, Haarenthor, 3 J.; 112) Elise Margarete Wilkens geb. Kroog, Heil. Geistthor, 47 J.; 113) Johann Friedrich Völkere, Oldenburg, 74 J.; 114) Anna Catharine Seyen geb. Etemering, Gerberhof, 88 J.; 115) Johanne Eleonore Gildaboth Henriette von Beauclieu-Marcouay geb. Meiß, Oldenburg, 57 J.; 116) Janßen, toet ev. 58 J., Oldenburg; 117) Kammerath Carl Ludwig Anton Schleiter, Oldenburg, 52 J.; 118) Silers, ledigeb. Wärdchen, Gerberhof; 119) Johanne Friederike Margarete Hejemann, Gerberhof, 4 J.; 120) Anna Catharine Verica, Radoß, 2 J.; 121) Geiske Margarete Schöder geb. Lönje, Drensefeld, 76 J.

In der Lambertikirche predigen:

Am Freitag, den 31. Mai:
Frühpredigt: Herr Pastor Gierorus. Anf. 8 Uhr.
Hauptpredigt: „Hofred. Waltrich.“ „9 1/2“
Nachm.-Pred.: „Kirchenrath Clausen.“ „2“
Am Sonntag, den 2. Juni:
Frühpredigt: Herr Cant. Ransauer. Anf. 8 Uhr.
Hauptpredigt: „Pastor Gierorus.“ „9 1/2“
Nachm. gepred.: „Kirchenrath Clausen.“ „2“

Briefstasche. Der Artikel: „Mein letztes Wort“ ist mehr als zweifelt, deshalb ad acta.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang.

Dienstag, den 4. Juni 1850.

N^o. 45.

Steuer-Erhöhung.

Dem Vernehmen nach soll der Gewerbe- und Handels-Verein darüber beraten, ob zur Deckung des Deficits unserer Staatskasse die von Hannover projectirte Erhöhung der indirecten Steuer oder die von unserer Regierung vorgeschlagene Einkommenssteuer vorzuziehen sei.*)

Wir hoffen, daß der Gewerbeverein auch vom volkswirtschaftlichen und sittlichen Standpunkte diese Sache auffassen und das Finanzielle nur als das Untergeordnete im Auge haben werde. Der Finanzmann, welcher leider nicht immer zugleich Staatsmann ist, pflegt nur die finanzielle Seite zu berücksichtigen und gewöhnlich indirecte Steuern den directen vorzuziehen; hauptsächlich wohl deshalb, weil indirecte Steuern sich in den Preisen der Waaren vertheilen und Niemand weiß, was er zahlt, auch sie leicht erhöht werden können, ohne viel Aufsehen zu machen. —

Indirecte Steuern sind gewiß die besten, wenn sie nur Luxusgegenstände und Bedürfnisse der Reichen treffen und gehörig controlirt und zur Ausführung gebracht

*) Nach dem Staatsgrundgesetze kann diese Frage eigentlich gar nicht aufgeworfen werden, denn dieses will Vermögens- und Einkommensteuer. Aber diejenigen, welche von Befoldungen leben, mögen von der Einkommensteuer nichts hören, und der Gewerbeverein würde sich ihnen sehr angenehm machen, wenn er ihnen Gründe gegen dieselbe an die Hand gäbe, für sie die Kastanien aus dem Feuer holen wollte, wie das Sprichwort sagt. Wird er wohl so naiv sein?

Uebrigens wird die von Hannover geforderte Maßregel zur Deckung des Deficits unserer Staatskasse ganz und gar nicht beabsichtigt. Was die Herren in Hannover herausgerechnet haben, ist, wie man hört, eine Mehreinnahme von 75,000 Thlr. und in der Wirklichkeit bringt es vielleicht kaum die Hälfte. Was verschlägt das bei unserem Deficit von 220,000 Thlr.?

werden können. Sind solche indessen auf zum Lebensbedürfnisse gewordene Gegenstände gelegt, als Caffee, Zucker, Tabak u. s. w., so wird der Unbemittelte und derjenige, der eine große Familie hat, unverhältnißmäßig mehr, wie der Reiche und der Einzelne, der ohne Familie lebt, dadurch getroffen. Steuern auf Salz und Caffee sind die drückendsten und ungerechtesten; sie können dem geringen Mann den letzten Groten abnehmen, ohne daß er erfährt, daß der Staat es ist, der ihm solchen abgenommen hat, und das lieben die Finsterlinge. Durch solche Steuern trägt der Staat wesentlich dazu bei, die Noth der Proletarier zu vergrößern, und dadurch arbeitet man unkluger Weise dem Communismus in die Hände und dem socialen Umsturz.

Man sagt zwar, die Steuer ist nicht hoch, auf ein Pfund Salz, Reis und Tabak noch keinen Groten, auf Caffee nur $2\frac{1}{2}$ Gr. u. s. w. und bedenkt nicht, daß die einzelnen Groten im Jahre Thaler ausmachen und für den Armen, der nur das Nothwendigste hat, jeder Groten ein wichtiger Gegenstand ist.

Wir wissen wohl, daß unsere sogenannte geringe Klasse es besser hat, wie mancher Fabrikarbeiter in Fabrikörtern und die armen Weber in Schlesien, die verrecktes Vieh verzehren, um ihren Hunger zu stillen. — Daß man in civilisirten Staaten den Menschen so dem Elend und Jammer überläßt, ist eine Schande, und möge uns der Himmel vor solchen Zuständen bewahren. — Wir möchten gern den Unbemitteltesten eine Tasse Caffee, eine Pfeife Tabak zukommen lassen, ohne daß man ihm diese Gegenstände 50 bis 100 Prozent vertheuert. (Der jetzt vorgeschlagene Steuersatz auf Caffee ist über 50 Prozent, der auf ordin. Tabak über 100 Prozent des Werths der Waare.)

Es würde zu weitläufig sein, die andern Artikel, die einem höhern Steuersatz unterworfen werden sollen, hier zu besprechen. Wir wollen nur die Folgen, die in